



Freie und Hansestadt Hamburg

Landesbetrieb Erziehung und Beratung

Erstveröffentlichung: 01.01.2025
Nachfragen an: Leitung Abteilung LEB 8
Zentrale Sozialpädagogische Aufgaben

Dienstanweisung Nutzung von KI, IoT, Wearables und vernetztem Spielzeug

*DA-KI
in der Fassung vom 01.01.2025*

1 Allgemeines

Der rasante Fortschritt im Bereich Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, Wearables, Internet of Things (IoT) und der Spielzeugindustrie (zusammenfassend: neue Technologien) eröffnen der Sozialen Arbeit und Verwaltung faszinierende und zugleich anspruchsvolle Perspektiven. In einer Ära, in der Technologien nahtlos in den Alltag integriert werden, ergeben sich für die Erbringung sozialer Dienstleistungen sowohl Möglichkeiten als auch Herausforderungen.

Die Soziale Arbeit und Verwaltung steht vor der komplexen Aufgabe, die Chancen und Risiken dieser neuen Technologien sowohl im Kontext der Lebenswelt der Klientinnen und Klienten als auch in Bezug auf die eigene Weiterentwicklung zu erforschen. Dies erfordert eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den Potenzialen sowie den ethischen und rechtlichen Fragestellungen. Dabei kann die Praxis der Sozialen Arbeit und die Verwaltung nicht auf einen etablierten Fachdiskurs zurückgreifen; es gibt noch keine eingeführten Standards.

Das hohe Entwicklungstempo der neuen Technologien und die regelmäßige Veröffentlichung von neuen Angeboten im Beta-Modus erschweren zudem die Anwendung herkömmlicher Entwicklungsabläufe.

Mit Blick auf diese Spannungsfelder ist es unerlässlich, eine Dienstanweisung für den Einsatz dieser neuen Technologien einzuführen. Diese Dienstanweisung bildet den Rahmen für die Anwendungsmöglichkeiten der neuen Technologien im LEB, definiert einen Entwicklungsrahmen und bestimmt ihre Abläufe. Dabei liegt der Fokus auf einer verantwortungsbewussten Prüfung der Technologien, um sicherzustellen, dass die

Grundprinzipien und ethischen Standards der Sozialen Arbeit und der Verwaltung gewahrt bleiben.

2 Grundsätzliches Verbot der Nutzung

Grundsatz: Die Verwendung neuer Technologien im Dienstbetrieb ist untersagt, sofern ihre Nutzung nicht explizit durch diese Dienstanweisung erlaubt (vergleiche 3) oder von der Geschäftsführung im Einzelfall freigegeben wurde (vergleiche 4).

Erläuterung: Die Nutzung neuer Technologien bringt nicht nur ungeklärte professionsethische und fachliche Fragestellungen mit sich, sondern ist vor allem mit vielfältigen Risiken und komplexen rechtlichen Vorgaben verbunden. Eine Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann zu erheblichen Bußgeldern und strafrechtlicher Verfolgung führen. Das Verbot soll die Rechte der Klientinnen und Klienten schützen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor möglicher Verfolgung bewahren und den wirtschaftlichen Bestand des Landesbetriebs sichern.

In diesem Sinne ist besonders zu betonen:

- Jede Eingabe und Nutzung von betriebsinternen und personenbezogenen Daten in Diensten und Services ist untersagt, es sei denn, die Verwendung wurde ausdrücklich durch diese Dienstanweisung oder die Geschäftsführung erlaubt. Daten, die im Internet frei zugänglich sind, sind von diesem Verbot generell ausgenommen.
- Die Einbindung von Geräten in die IT-Infrastruktur des Landesbetriebs ist untersagt, mit Ausnahme des öffentlich zugänglichen Hotspots in den Einrichtungen.
- Jede Form der Installation auf der dienstlichen IT-Infrastruktur ist untersagt.
- Die Nutzung von Geräten, die eigenständig Informationen aufnehmen und übermitteln können, insbesondere Geräte zur eigenständigen Sprachaufnahme (zum Beispiel Alexa, Google, Siri) oder Bildaufnahme (zum Beispiel internetverbundene Videokameras), ist untersagt.

3 Erlaubnisse

3.1 Erlaubnis des Eigenbetriebs von Betreuten

Grundsatz: Klientinnen und Klienten dürfen in den Einrichtungen und Diensten des LEB neue Technologien auf eigenen Geräten nutzen, vorausgesetzt, der Schutz der Klientinnen und Klienten, die Rechte Dritter (zum Beispiel andere Betreute oder Besucherinnen und Besucher) und die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben gewahrt.

Die Fachkräfte sollen die Betreuten hierbei beraten und unterstützen.

Erläuterung: Die Nutzung neuer Technologien ist ein grundlegendes Recht der Klientinnen und Klienten. Sie stellt nicht nur einen Ausdruck der Identität und des Selbstverständnisses der Klientinnen und Klienten dar, sondern dient auch als Mittel zur Gestaltung unmittelbarer und mittelbarer sozialer Kontakte. Neue Technologien unterstützen zudem die Informationsbeschaffung und dienen der Unterhaltung.

Die Soziale Arbeit begleitet und unterstützt ihre Klientinnen und Klienten aktiv bei der Verwirklichung ihrer Rechte und fördert die freie Identitätsentwicklung. In Fällen, in denen die Nutzung dieser Dienste den Schutz der Klientinnen und Klienten oder die Aufsichtspflicht tangiert, kann eine Begrenzung der Nutzung notwendig werden. Insbesondere sind dabei die Art der Nutzung, deren Inhalte, die Verbreitungswege der Eingaben, das Alter und der konkrete Entwicklungsstand der Klientin/des Klienten sowie rechtliche Vorgaben und Nutzungsbestimmungen des Diensts zu berücksichtigen.

Die Bereitstellung von digitalen Zugangsgeräten erfordert grundsätzlich eine Abstimmung mit den Personensorgeberechtigten. In der konkreten Nutzung ist die/der Personensorgeberechtigte beziehungsweise sind die Personensorgeberechtigten einzubeziehen, insbesondere dann, wenn für die Anwendung Verträge geschlossen werden oder mit der Nutzung weitreichende Folgen verbunden sein können.

3.2 Erlaubnis zur Nutzung im Rahmen schulischer Maßnahmen

Grundsatz: Wenn Klientinnen beziehungsweise Klienten im Rahmen schulischer oder beruflicher Bildungsmaßnahmen Zugänge zu neuen Diensten erhalten, obliegt die Nutzung dem Verantwortungsbereich des Bildungsträgers. Dieser Grundsatz ist eng zu interpretieren.

Erläuterung: Die Integration neuer Technologien in schulische und berufliche Unterrichtskontexte wird zunehmend gängige Praxis. Schulen und Ausbildungsstätten stellen nicht nur die digitale Infrastruktur, sondern auch Zugänge bereit. Die Verantwortung für die Bereitstellung und deren Nutzung im Rahmen dieser Bereitstellung liegt beim jeweiligen Bildungsträger.

Sollte jedoch eine Klientin/ein Klient von der Schule dazu aufgefordert werden, einen eigenen Zugang anzulegen oder dies aus eigenem Interesse wünschen (zum Beispiel zur Unterstützung des eigenen Lernens), muss eine solche Nutzung im Einklang mit den Vorgaben dieser Dienstanweisung stehen. Der Umstand, dass die Klientin beziehungsweise der Klient möglicherweise durch einen Bildungsträger zu dieser Handlung angeregt oder aufgefordert wurde, darf bei der Entscheidung über eine Erlaubnis keine Relevanz haben.

3.3 Erlaubnis zur Testung und Sichtung

Grundsatz: Zur Sichtung und Erprobung neuer Technologien dürfen Fachkräfte des LEB die IT-Infrastruktur nutzen, vorausgesetzt, dass die Erprobung beziehungsweise Sichtung ohne Eingabe betriebsinterner oder personenbezogener Daten erfolgt, keine Installation auf den Geräten des LEB vorgenommen wird, kein Gerät in das Dienstnetz der FHH eingebunden wird (ausgenommen frei zugängliche Hotspots) und kein kostenpflichtiger Account angelegt wird. Geräte, die eigenständig Informationen aufnehmen und übermitteln können, dürfen in den Diensträumen des LEB nicht getestet oder gesichtet werden, sofern nicht ausgeschlossen werden kann, dass Klientinnen und Klienten durch das Betreten der Räumlichkeiten Daten jeglicher Art übermitteln. Solche Geräte können etwa Ton (zum Beispiel Alexa) oder Videos (zum Beispiel Videokameras) aufnehmen. Eine Testung beziehungsweise Sichtung ist auf eine Woche zu beschränken.

Erläuterung: Die Soziale Arbeit ist gefordert, die Funktion neuer Technologien in der Lebenswelt seiner Klientinnen und Klienten zu verstehen und deren Attraktivität und Bedeutung zu erfassen. Die Begleitung und Beratung der Klientinnen und Klienten in der Nutzung sowie die Anregung zur Reflexion des Nutzungsverhaltens sind zentrale Aufgaben. Gleichzeitig obliegt es der Sozialen Arbeit, die Chancen und Risiken der neuen Dienste für die eigene Arbeit und für die Entwicklung der Klientinnen und Klienten zu prüfen.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, ruft der LEB seine Fachkräfte ausdrücklich dazu auf, sich mit den neuen Diensten auseinanderzusetzen. Eine Form dieser Auseinandersetzung ist die Testung beziehungsweise Sichtung durch die Fachkräfte. Dabei ist zu beachten, dass die Testung untrennbar mit der Nutzung der Angebote verbunden ist, wobei eine Testung ohne Eingabe von Daten nicht realisierbar ist. Um die Rechte, insbesondere den Sozialdatenschutz, zu wahren und jeglichen Schaden für den Landesbetrieb zu vermeiden, dürfen keinerlei betriebs- oder personenbezogene Daten genutzt werden. Das bedeutet, dass ausschließlich frei erfundene Testdaten ohne jeglichen Bezug zu Klientinnen und Klienten verwendet werden dürfen. Die Nutzung von pseudonymisierten oder anonymisierten Daten ist dementsprechend untersagt. Die Nutzung von Daten, die frei im Internet verfügbar sind, ist nicht untersagt.

Für die Testung ist in der Regel ein Account anzulegen. Die testende Person ist verpflichtet, vor dem Anlegen sorgfältig zu überprüfen, ob mit der Nutzung Kosten verbunden sind. Eine Testung von kostenpflichtigen Angeboten ist ohne Rücksprache mit LEB 1 und der zuständigen Leitungskraft untersagt.

Die Testung von Geräten, die eigenständig Daten erfassen und übermitteln können (zum Beispiel Alexa, Siri oder Google-Sprachassistent), birgt besondere Schwierigkeiten. Eine

Testung solcher Geräte muss unter kontrollierten Rahmenbedingungen erfolgen, um unbeabsichtigte Übermittlungen während der Testung auszuschließen. Dies ist insbesondere relevant, wenn die Testung in den Diensträumen stattfindet und unbeteiligte Personen möglicherweise Daten unbeabsichtigt übermitteln könnten.

3.4 Erlaubnis für begrenzte pädagogische Projekte

Grundsatz: In einem zeitlich begrenzten Umfang können zusammen mit Klientinnen und Klienten neue Technologien angesehen werden, wenn die Rahmenbedingungen aus Ziffer 3.3 eingehalten werden und zusätzlich durch die durchführende Fachkraft Risiken analysiert und Schutzmaßnahmen für die Klientinnen und Klienten durchgeführt werden. Eine eigenständige Anmeldung durch die Klientinnen und Klienten ist in diesen Projekten auszuschließen.

Erläuterung: An Träger der Jugendhilfe wird die berechtigte Erwartung formuliert, dass diese ihre Klientinnen und Klienten auf ein eigenständiges Leben vorbereiten. Junge Menschen sind nicht nur in der Nutzung neuer Dienste zu begleiten, sondern sie müssen in der Aneignung dieser Dienste und der damit verbundenen Chancen und Risiken für die eigene Lebensführung angeregt und unterstützt werden. In diesem Zusammenhang kann die gemeinsame Auseinandersetzung mit neuen Technologien ein zielführender Weg sein. Pädagogisch initiierte Lernprozesse dürfen für die jungen Menschen jedoch nicht zu einer Verletzung ihrer Privatsphäre und ihres Sozialdatenschutz führen. Aus diesem Grund ist eine eigenständige Anmeldung bei Diensten im Rahmen institutionell organisierter Aneignungsprozesse zu unterlassen, da mit der Anmeldung zwingend personenbezogene Daten übermittelt werden. Ebenso sind mit den beteiligten jungen Menschen im Vorwege Verhaltensweisen abzusprechen, mit denen der Schutz personenbezogener Daten erreicht wird. So sollen von diesen keine Dateneingaben vorgenommen werden, mit denen auf sie oder andere Personen geschlossen werden kann. Es obliegt der Fachkraft, eine eingehende Sensibilisierung vorab sicherzustellen und die Einhaltung bei der Durchführung des Projekts sicherzustellen. Darüber hinaus muss die durchführende Fachkraft in den Vorwegen die Risiken identifizieren, die mit der Durchführung eines Projekts verbunden sind und notwendige Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für die Klientinnen und Klienten im Vorwege und während der Durchführung sicherstellen. Um den Umfang der Risiken zu begrenzen, sind pädagogische Projekte dieser Art zeitlich zu begrenzen.

3.5 Erlaubnis zur Erprobung außerhalb pädagogischer Dienste

Grundsatz: Beschäftigte des Landesbetriebs können die kostenlos verfügbaren neuen Technologien für experimentelle Zwecke auch im dienstlichen Kontext einsetzen und so das große Potenzial dieser neuen Technologien kennenlernen und erste Nutzungserfahrungen

sammeln. Es ist gestattet, den Arbeitsplatzrechner (BASIS-Client) und die personalisierte, dienstlichen Mail-Adresse (nicht Funktionspostfächer) zu nutzen.

Dabei sind jedoch die folgenden Aspekte in jedem Fall zu berücksichtigen.

- Es dürfen keine Kosten entstehen. Eine Abweichung hiervon ist nur nach vorheriger Abstimmung mit der zuständigen Leitungskraft und LEB 11 möglich.
- Nutzung des sicheren Browser HP Sure Click
- Keine private Recherche mit dienstlicher Mail-Adresse
- Keine Eingabe personenbezogener Daten
- Keine Eingabe betrieblicher Daten
- Keine Nutzung von neuen Technologien als fester Bestandteil für dienstliche Arbeitsabläufe
- Prüfen des Outputs und Nutzung der Ergebnisse mit Bedacht
- Achten auf Urheberrechtsverletzungen
- Achten auf ethische Grundsätze (z.B. keine Diskriminierung, Schutz der Privatsphäre)
- Die Verantwortung für die mithilfe von neuen Technologien erstellten Arbeitsergebnisse verbleibt vollständig bei Nutzerinnen und Nutzern.

Erläuterung: Die Nutzung von Such- und Informationsdienste nimmt auch in der Verwaltung eine immer größere Rolle ein. Dienste wie ChatGPT und Perplexity sind Werkzeuge zur Automatisierung von Aufgaben und zur Verbesserung der Effizienz in vielen Bereichen. Sie ermöglichen es, schnell auf Informationen zuzugreifen, Texte zu analysieren und kreative Aufgaben wie das Verfassen von Inhalten zu übernehmen. Sie können die Effizienz steigern, Fehler reduzieren und Zeit sparen, indem sie bei der Aufgabenerfüllung unterstützen. Aktuell sind in der FHH jedoch noch kein Standard eingeführt, die es erlauben betriebliche Daten oder personenbezogene Daten mit diesen neuen Technologien zu verarbeiten. Insofern kann die aktuelle Nutzung nicht über Experimente hinausgehen.

Für die Mitarbeitenden der FHH wurde LLMoin als eigenes Werkzeug für die optimale Nutzung in der Hamburger Verwaltung entwickelt. Der Einsatz im LEB ist noch nicht möglich. Bis zum Rollout von LLMoin können Beschäftigte des Landesbetriebs kostenlos verfügbare Such- und Informationsdienste unter den angegebenen Voraussetzungen nutzen.

4 Entwicklungsprojekte

Grundsatz: Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, Wearables, Internet of Things (IoT) und mit dem Internet verbundene Spielzeuge dürfen, soweit Ziffer 1 – 3 dieser Dienstanweisung nicht zutreffen, nur innerhalb eines Entwicklungsprojekts genutzt werden. Entwicklungsprojekte sind durch die Geschäftsführung zu beauftragen. Ein

Entwicklungsprojekt ist vor der Durchführung von den Fachabteilungen, LEB 13, LEB 2 und LEB 23 schriftlich zu bewerten.

Ablauf eines Antrags:

4.1 Antragstellung

Entwicklungsprojekte können von den Fachabteilungen beantragt werden. Die Anträge müssen die Projektziele, den Nutzen für das Unternehmen und die geplanten Ressourcen klar definieren. Auf dieser Basis werden LEB 1, LEB 13, LEB 2, LEB 23 und die zuständige Fachabteilung mit der Prüfung beauftragt

4.2 Vorprüfung wirtschaftlicher und vertraglicher Aspekte (LEB 1)

Vor der Umsetzung jedes Entwicklungsprojekts ist LEB 1 zu beauftragen, die wirtschaftlichen und vertraglichen Aspekte zu bewerten. Dieses umfasst insbesondere die Abschätzung der Kosten, potenzielle wirtschaftliche Gewinne und die Überprüfung von Vertragsbedingungen und vergaberechtliche Fragen.

4.3 Technische Prüfung und Rahmenbedingungen (LEB 13)

LEB 13 überprüft die technischen Anforderungen und Rahmenbedingungen des Projekts. Dabei wird insbesondere bewertet, ob diese mit den Anforderungen der betrieblichen IT-Infrastruktur und den Richtlinien von Dataport vereinbar sind. Ferner ist zu prüfen, welche Anforderungen mit Blick auf die Freigaberichtlinie der FHH und anderer Verwaltungsvorschriften zu beachten sind. Ebenso ist durch LEB 13 bei der Prüfung die beziehungsweise der Informationssicherheitsbeauftragte einzubeziehen.

4.4 Arbeitsrechtliche Bewertung (LEB 2)

Die arbeitsrechtlichen Aspekte des Entwicklungsprojekts werden von LEB 2 auf ihre Vereinbarkeit mit bestehenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Vorgaben geprüft. Insbesondere wird eingeschätzt, ob das Projekt der betrieblichen Mitbestimmung unterliegt.

4.5 Rechtliche Prüfung (LEB 23)

LEB 23 ist verantwortlich für die rechtliche Bewertung des Projekts, insbesondere in Bezug auf Datenschutzbestimmungen und etwaige Auswirkungen der angekündigten EU-KI-Richtlinie. Klärungen mit dem Datenschutzbeauftragten werden von LEB 23 auch im laufenden Entwicklungsprojekt verantwortet.

4.6 Chancenbewertung durch die Fachabteilung

Die zuständige Fachabteilung identifiziert und benennt die Chancen, die mit dem Entwicklungsprojekt verbunden sind. Dies beinhaltet auch mögliche positive Auswirkungen auf bestehende Geschäftsprozesse und innovative pädagogische Ansätze.

4.7 Entscheidung der Geschäftsführung

Basierend auf den Bewertungen von LEB 1, LEB 2, LEB 13, LEB 23 und der Fachabteilung trifft die Geschäftsführung eine Entscheidung darüber, ob das Entwicklungsprojekt durchgeführt werden kann. Bei positivem Beschluss werden Vorgaben für die Durchführung des Projekts festgelegt.

4.8 Projektdurchführung

Die Projektdurchführung erfolgt im Rahmen der DA-Projekte.

4.9 Budget

Für Entwicklungsprojekte wird im LEB ein jährliches Budget in Höhe von 15.000 Euro eingestellt. Im Sinne eines Vorprojekts können auch Anschaffungen für Maßnahmen gemäß Ziffer 3.3 und 3.4 dieser Richtlinie finanziert werden. Mittel werden auf Basis von Anträgen durch LEB-GF zugewiesen.

5 Schlussbestimmung

Diese Dienstanweisung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Olaf Nowak

Geschäftsführung